



Resolution der Delegiertenversammlung der CVP Schweiz vom 20. Januar 2007

## **Keine Kostenexplosion im Gesundheitswesen – keine Mehrwertsteuerreform auf dem Buckel der Familien!**

### Einleitung:

Die Mehrwertsteuer kennt heute vier Sätze:

- 0%: Die Liste der von der Mehrwertsteuer ausgenommenen Produkte und Dienstleistungen umfasst unter anderem Gesundheitsdienstleistungen und Mieten.
- 2,4%: Zu diesem Satz werden unter anderem die Güter des täglichen Bedarfs – also Lebensmittel – besteuert. Auch die Medikamente fallen unter diesen Satz. Viele europäische Staaten kennen für die Güter des täglichen Bedarfs ebenfalls reduzierte Mehrwertsteuersätze.
- 3,6% beträgt der Sondersatz für Tourismus-Dienstleistungen.
- 7,6% ist der reguläre Mehrwertsteuersatz.

Das vom Finanzdepartement ursprünglich verkündete Ziel für die Totalrevision der Mehrwertsteuer hiess „die ideale Mehrwertsteuer“:

- Eliminierung möglichst aller Ausnahmen
- Einheitssatz von 6,0%

Entsprechende Varianten mit dieser Stossrichtung wurden in die Ämterkonsultation geschickt, obwohl sich die Bundesratsparteien gegenüber einem Einheitssatz skeptisch geäussert haben. Nun wird die Vernehmlassung eröffnet. Viele technische Anpassungen der Mehrwertsteuer könnten schnell umgesetzt werden (z. B. elektronische Abrechnung). Solche Elemente müssen vorgezogen und 2007 verabschiedet werden.

### Unsere Position:

1. Wir sind nicht bereit, auf eine Vorlage einzutreten, welche medizinische Dienstleistungen, insbesondere die in diesen Dienstleistungen mit enthaltenen Saläre, der Mehrwertsteuerpflicht unterstellt und damit zu höheren Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien führt.
2. Wir sind nicht bereit, auf eine Vorlage einzutreten, welche den Satz von 2,4% für Medikamente anhebt.
3. Wir sind nicht bereit, eine künstliche Verteuerung des Gesundheitswesens in Milliardenhöhe hinzunehmen!
4. Wir sind nicht bereit, auf eine Vorlage einzutreten, welche die Güter des täglichen Bedarfs durch einen höheren Satz als 2,4% künstlich verteuert.
5. Wir sind nicht bereit, dass unter anderem Familien mit Kindern die Zeche für eine „ideale Mehrwertsteuer“ zahlen sollen.